



Christel Bartels, Abgeordnete der Volkskammer (FDJ-Fraktion) und Ausbildungingenieur im Karl-Liebknecht-Werk Magdeburg, spricht über sozialistische Demokratie mit Schülern einer erweiterten Oberschule.

Foto: Zentralbild

Dagegen werden nur sieben Abgeordnete als Arbeiter bezeichnet, obwohl zur Arbeiterklasse 75 Prozent der Bevölkerung zählen (dem entsprächen 375 Abgeordnete!).

In der Exekutive der Bonner Regierung sind die wichtigsten Positionen mit Monopolvertretern besetzt. Der Einfluß der Monopole auf die Regierungspolitik geschieht weiterhin über direkte „Berater“ des Bundeskanzlers, über Gutachterausschüsse und Beiräte. Innerhalb des Herrschaftssystems des Monopolkapitals erlangt auch die Bundeswehr zunehmende Bedeutung; sie forciert die Pläne der Expansionspolitik.

Zum Mechanismus der Machtausübung gehören gleichfalls die Unternehmerverbände, wie zum Beispiel die „Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“, der „Bundes-

verband der Industrie“ und der „Deutsche Industrie- und Handelstag“. Die Verbände erheben nicht nur allgemeine Forderungen an die Regierung, sondern sie nehmen auch unmittelbaren Einfluß auf ihre Vertreter in der Regierungs- und Ministerialbürokratie, im Parlament und seinen Ausschüssen. So wurden von 1505 Gesetzen, die in den ersten drei Legislaturperioden vom Bundestag verabschiedet worden sind, 1126 Gesetzesentwürfe von ihnen eingebracht. Der „Bundesverband der Industrie“ hat von 1950 bis 1964 mehr als 2500 Gesetzesentwürfe, Stellungnahmen und Eingaben an die Regierung bzw. Bundestagsausschüsse gerichtet, die in ihrer Mehrzahl in Gesetzen und Verordnungen ihren Niederschlag fanden. Diese Praxis führt zur Aushöhlung der verfassungsrechtlichen Kompetenzen des Bun-

destages und zum Abbau des bürgerlichen Parlamentarismus.

Dieser Herrschaftsmechanismus reicht den aggressivsten Kreisen des Monopolkapitals jedoch nicht. Die bürgerliche Demokratie ist für sie zu einem Hemmnis geworden. Warum?

Den großen Monopolen geht es darum, ihre Expansionspolitik innenpolitisch zu sichern. Darum betreiben sie die Militarisierung der Wirtschaft und des gesamten gesellschaftlichen Lebens, die Konzentration aller wirtschaftlichen Potenzen, die Abwälzung der Rüstungslasten auf die Werktätigen und den Abbau ihrer sozialen Rechte. Dabei wirkt der bürgerliche Parlamentarismus „störend“, weil er dem „Druck der Öffentlichkeit“ ausgesetzt ist. Gleichzeitig nutzt die Monopolbourgeoisie den objektiven Umstand aus, daß der bürgerliche Parlamentarismus für die straffe Lenkung des modernen komplizierten Wirtschaftsmechanismus zu schwerfällig ist. Der Ausweg wird in einem forcierten Übergang zu totalitären Herrschaftsmethoden gesucht, das heißt, die Reste der bürgerlichen Demokratie werden unterhöhlt.

Dem dient der geplante dreifache Verfassungsbruch durch die Kiesinger, Strauß-Regierung: die Verabschiedung der Notstandsverfassung, des Ermächtigungs- oder „Stabilisierungsgesetzes“ und der „Wahlrechtsreform“. Die Notstandsgesetzgebung soll die Handhabe liefern, die Arbeiterklasse und jede demokratische Volksbewegung gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem mit Gewalt zu unterdrücken und die Reste der bürgerlichen Demokratie völlig zu beseitigen. Das „Stabilisierungsgesetz“ soll dazu dienen, vor allem die gesamte Wirtschaftskraft zu konzen-